



## **KOO-PRESSEINFORMATION: G20 darf Entwicklungsländer nicht vergessen! Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) fordert mehr Mitsprache und finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer bei der Krisenlösung**

Wien, 24.09.2009 – Die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO) weist auf das enorme Ausmaß der menschlichen und sozialen Kosten der wirtschaftlichen Turbulenzen für Entwicklungsländer hin. Bis zu 100 Millionen Menschen drohen auf Grund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusätzlich in die Armut rutschen. Der Klimawandel stellt eine zusätzliche Bedrohung dar.

**Heinz Hödl**, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle fordert rasche und umfassende Unterstützung zur Armutsbekämpfung für betroffene Länder, ebenso wie grundlegende Reformen des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems und mehr Mitsprache für arme Länder in Internationalen Finanzinstitutionen.

„Entwicklungsländern fehlt das Geld für Konjunkturpakete oder Sozialleistungen. Von den Milliardenkonjunkturpaketen der G20 erhalten die armen Länder nur Brosamen. Und selbst da hinkt die Umsetzung nach.“, kritisiert Hödl. „Die Entwicklungsländer sitzen nicht am Tisch und können ihre Interessen nicht selbst vertreten.“

„Statt die G20 als Weltwirtschaftsregierung zu proklamieren, fordert die KOO eine Aufwertung der UNO und eine Reform der Internationalen Finanzinstitutionen, um **Entwicklungsländern gerechte Mitsprache** zu ermöglichen.“, so Hödl. „Während wichtige Entscheidungen in demokratisch legitimierten Gremien fallen sollen, erwarten wir von den G20 klare Zeichen ihres politischen Willens und konkrete Zusagen über ihre eigenen Beiträge.“

Die Koordinierungsstelle fordert daher von den G20 eine zügige Umsetzung der bereits beschlossenen **Unterstützungsmaßnahmen** für von den Krisen betroffene Länder und Ausweitung der Mittel für **arme Länder**, um diesen die Erreichung der Millennium Entwicklungsziele zu ermöglichen.

Eine Einführung einer **internationalen Finanztransaktionssteuer** wäre ein wichtiger Schritt zu einer gerechten Lastenverteilung der Kosten der Krise. Sie könnte zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen Mittel zur Krisenbekämpfung und für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.

Außerdem drängt die Zeit, um auf den fortschreitenden **Klimawandel mit massiven Auswirkungen auf Entwicklungsländer** zu reagieren. „Schluss mit dem Taktieren! Die großen Wirtschaftsmächte müssen endlich die Karten auf den Tisch legen und **ihre konkreten Beiträge zum Klimaschutz** beziffern.“, fordert Hödl. Um den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, müssen die Industriestaaten weltweit jährlich rund 110 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um steigenden Meeresspiegel, Ernteauffälle und Verknappung des Trinkwassers in den Griff zu bekommen.

Rückfragen richten Sie bitte an: Mag.<sup>a</sup> Hilde Wipfel, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; [www.koo.at](http://www.koo.at);